

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 886846 ppbm d

## Inhalt

Hans Büchler MdB warnt davor, die Deutschlandpolitik mit Wahlkampfstreit zu belasten: Es gibt keine Alternative zum Ziel der guten Nachbarschaft.

Seite 1

### Dokumentation:

Die Arbeiterwohlfahrt hat der Bundesregierung vorgeworfen, in der Flüchtlingsstatistik mit „überhöhten“ Zahlen zu operieren. Wir dokumentieren die Stellungnahme im Wortlaut.

Seite 3

41. Jahrgang / 169

5. September 1986

### Deutschlandpolitik nicht mit Wahlkampfstreit belasten

Es gibt keine andere Wahl, als das Ziel konsequenter guter Nachbarschaft zu verfolgen

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages

1. Die SPD hat ein langfristiges Konzept für die Deutschlandpolitik.

Mit dem deutschlandpolitischen Beschluß des Nürnberger Parteitages liegt eine weitere Bestätigung des deutschlandpolitischen Kurses der SPD vor, wie er im Beschluß der Bundestagsfraktion vom November 1984 beschrieben ist. Damit ist die SPD die einzige Partei, die einen Weg zu zentralen Zielen der Deutschlandpolitik aufzeigt.

Die Bundesregierung beschränkt sich weitgehend aufs Lamentieren. Vor allem der Stahlhelmflügel der Union, der in der nächsten Legislaturperiode zum Beispiel durch Heinrich Lummer verstärkt werden wird, macht die Union unfähig zu vergleichbaren konzeptionellen Anstrengungen. Im Gegenteil: die Feindbilder des Kalten Krieges feiern fröhliche Urständ. KSZE-Schlußakte und Grundlagenvertrag werden eher als unbequeme Fesseln denn als Chance für uns Deutsche begriffen.

Die FDP hält für die Öffentlichkeit verbale Bekenntnisse zur Entspannung bereit, vermag aber nicht, die Koalition auf diesem Kurs zu halten. Die Beschimpfungen der FDP aus München dienen allein dem Zweck, die Wähler über deren Wirkungslosigkeit zu täuschen.

Die SPD orientiert sich an der KSZE-Schlußakte. Grundlagenvertrag und Ostverträge waren politische Voraussetzung und inhaltliches Modell für die KSZE. Unsere Forderungen nach einer völkerrechtlich verbindlich geregelten europäischen Friedensordnung als Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses wird von drei grundsätzlichen Zielen getragen: der Friedenssicherung, die nur dauerhaft sein wird, wenn gemeinsame Sicherheit an die Stelle des Wett-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Hausesallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortungsvoller Umgang  
mit unseren Ressourcen  
Recycling-Papier



rüstens tritt; die Verwirklichung der Menschenrechte in Europa, worunter wir die untrennbare Einheit aller persönlicher und sozialer Rechte und Sicherheiten verstehen; die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts, deren Art und Ergebnis heute jedoch offenbleiben muß.

Weil der Wettbewerb der Systeme nur in Frieden ausgetragen werden kann, ist nach Formen der Auseinandersetzung zu suchen, die der Notwendigkeit des Friedens entsprechen.

Die Kritik am politischen System der DDR, am Mangel an persönlicher Freiheit, an der faktischen Unwirksamkeit der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, am unzureichenden Schutz des Einzelnen vor der Macht des Staates ist zutreffend. Aber sie wird - auch unter dem Eindruck von Mauer und Grenzbefestigung - in der Form anklagender Kampagnen vorgetragen. Feindbilder werden so bekräftigt und ein Klima der Offenheit erschwert. Umgekehrt ist die Kritik der DDR an unserer Gesellschaftsordnung meist von der Sprache der Verständigungsbereitschaft sehr weit entfernt. Mehr Sachlichkeit ist hier geboten.

## 2. Asyl: Konstruktive Lösung suchen auch mit der DDR.

Der Zynismus der Union ist nicht zu überbieten, wenn sie die Not der Asylbewerber und die Probleme, die ihre gegenwärtig große Zahl hervorrufen, für den Wahlkampf mißbraucht. Verantwortungslos ist es, Fremdenfeindlichkeit zu schüren, aber vorhandene Hilfsbereitschaft nicht zur Kenntnis zu nehmen. Makaber, daß die Union in München, woher die meisten Angriffe kommen, in Berlin, wo sich die Probleme bündeln und in Bonn, zwar die Macht hat, aber Lösungsansätze verschleppt und eine solche Kampagne lostritt.

Lediglich die DDR als Sündenbock für den Asylantenzustrom hinzustellen, hilft weder weiter noch entspricht es den nötigen neuen Formen der Auseinandersetzung. Grundlagenvertrag und Viermächte-Abkommen bilden den Rahmen für eine Lösung der Probleme, die die vom Westen her offene Grenze in Berlin mit sich bringt.

Wir brauchen das konstruktive Gespräch aller Beteiligten, um Lösungsmöglichkeiten zu finden und zu prüfen. Unmöglich ist das nicht.

1981 haben wir ähnliche Probleme gehabt und sie ohne Grundgesetzänderung und mit rechtsstaatlichen Mitteln gelöst.

Die Beschleunigung der Asylverfahren ist der Schlüssel dazu. Da feststeht, daß es weder für eine Änderung des Grundgesetzes beim Asylrecht noch bei Präambel oder Staatsbürgerschaft Mehrheiten geben wird, ist die Wahlkampfdebatte darüber zutiefst unredlich.

## 3. Deutschlandpolitik ist kein Wahlkampfthema.

Es würde der Sache schaden, wenn wir die Einbeziehung Berlins in Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten zur Abstimmung stellten. Wir Sozialdemokraten haben in dieser Frage Kritik an den Ergebnissen der Bundesregierung anzumelden. Ein Streit darüber im Wahlkampfstil verbietet sich jedoch. Es hat auch keinen Zweck, die Elbe-Grenze zur Abstimmung zu stellen. Wir kennen alle die komplizierte Lage. Wir Sozialdemokraten wollen mit der DDR eine Einigung erzielen. Wie die aussieht, wollen wir aber Verhandlungen und Gesprächen überlassen, wenn nötig, auch auf Regierungsebene, sollte es der Grenzkommision weiterhin nicht gelingen, Fortschritte zu erzielen.

Über Reisezahlen öffentlich zu streiten ist unsinnig. Die Entwicklung auf diesem Gebiet ist erfreulich, und alle, auch die DDR und die SPD haben ihren Teil dazu beigetragen.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß wir das Umweltthema auf die deutsch-deutsche Tagesordnung gesetzt haben. Wir wissen, daß Hans-Jürgen Wischnewski noch im September 1982 die Wiederauf-



aufnahme der Verhandlungen über das Kulturabkommen erreicht hat. Wir wissen, daß die Entwicklung im Reiseverkehr, bei der Familienzusammenführung, im Jugendaustausch, im innerdeutschen Handel vorgezeichnet waren seit dem Werbellinsee-Treffen zwischen Helmut Schmidt und Erich Honecker. Wir können nur begrüßen, daß die DDR die Zusagen, die sie einem sozialdemokratischen Kanzler gemacht hat, einhält.

Städtepartnerschaften sind ebenfalls kein Streitpunkt. Oskar Lafontaine und Karl-Heinz Hiersemann haben zwei der Städtepartnerschaften, die sich jetzt abzeichnen, „eingefädelt“.

Wir würden es begrüßen, wenn dies auch CDU-Politikern gelingen würde.

Die SPD hat kein Interesse, die CDU, die als einzige Partei offizielle Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der DDR ablehnt, im Wahlkampf darauf festzulegen. Gilt es doch, daß sie sich der Mehrheit anschließt.

Die volle Anwendung des Grundlagenvertrages, des Viermächte-Abkommens über Berlin und der übrigen Ostverträge ist eher ein Thema.

Wir wollen im Geiste des Harmel-Berichts und der KSZE mit unseren östlichen Nachbarn umgehen und endlich auch Entspannung im militärischen Bereich verwirklichen. Die KSZE und der Grundlagenvertrag haben uns friedens- und abrüstungspolitische Aufgaben gestellt.

Die Frage nach der Bündnistreue der SPD ist überflüssig. Unsere Position ist unzweideutig und vom Nürnberger Parteitag erneut bestätigt. Wir Sozialdemokraten halten die Fähigkeit zur Landesverteidigung für notwendig. Die Bundesrepublik braucht dazu die NATO. Solange wir ein Militärbündnis brauchen, gibt es keine Alternative zur NATO. Daß aber mit dem Bekenntnis zur NATO zugleich ein Denk- und Kritikverbot verbunden sei, ist neu.

Wir müssen auch die US-Regierung kritisieren, wenn sie die Früchte der Entspannung gefährdet oder gegen Interessen der Bundesrepublik Deutschland verstößt.

Wir erstreben einen Zustand in Europa, der die Militärbündnisse überflüssig macht, und wir wissen, daß wir mit den Massenvernichtungsmitteln nicht mehr umgehen können, wie mit Ritterheeren. Die Devise, wer mehr Reiter hat, wird siegen, hat sich umgekehrt. Heute heißt es: Weniger ist mehr. Wir bekommen mehr Sicherheit nicht gegeneinander durch Abschreckung und Aufrüstung, sondern nur noch miteinander, durch Vereinbarung, Verträge, Kontrolle und Nichtangriffsfähigkeit. Dieser Aufgabe werden wir uns stellen. Versöhnen statt spalten, das Motto Johannes Raus, gilt nicht nur für die Sozial- und Gesellschaftspolitik. Es muß im Ost-West-Verhältnis bedeuten, daß die großen Aufgaben, die nur gemeinsam zu lösen sind, auch gemeinsam angepackt werden - trotz der politischen Gegensätze, die uns in Grundsatzfragen trennen und weiterhin trennen werden.

Es gibt keine andere Wahl, als das Ziel konsequenter guter Nachbarschaft zu verfolgen.

Wahlkampfstreit schadet da nur.

(-/5.9.1986/va-he/rs)

Verantwortung  
für alle Entscheidungen  
bei Wahlkampf



**DOKUMENTATION****Arbeiterwohlfahrt: Flüchtlingsstatistik operiert mit überhöhten Zahlen.**

Die Arbeiterwohlfahrt hat der Bundesregierung vorgeworfen, in der Flüchtlingsstatistik mit „überhöhten“ Zahlen zu operieren. Wir dokumentieren die Stellungnahme im Wortlaut.

Die Arbeiterwohlfahrt hat vor wenigen Tagen dargelegt, daß die Bundesregierung in der Diskussion um die Asylproblematik mit überhöhten Zahlen operiert. Mit der Aussage „100.000 Flüchtlinge wurden zuviel gezählt“ bezog sich die Arbeiterwohlfahrt ausdrücklich auf die Angaben des Kabinettsberichts vom 23. Juli 1986. Das Bundesinnenministerium hat die Angaben der Arbeiterwohlfahrt als nachweislich falsch und durchsichtigen Versuch gewertet, die Zahl der Asylbewerber „klein zu reden“.

Die Arbeiterwohlfahrt sieht sich deshalb veranlaßt, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, wie mit einer offiziellen Statistik der untaugliche Versuch gemacht wurde und wird, Flüchtlingszahlen in die Asylrechtsdiskussion einzuführen, die miteinander nicht das geringste zu tun haben.

Der Kabinettsbericht vom 23. Juli 1986 nennt sieben verschiedene Gruppen von Flüchtlingen:

- Asylberechtigte,
- Familienangehörige der Asylberechtigten,
- Asylbewerber,
- Kontingentflüchtlinge,
- heimatlose Ausländer,
- im Ausland anerkannte Flüchtlinge mit Familienangehörigen,
- de facto-Flüchtlinge.

Mit diesen Gruppennennungen soll nachgewiesen werden, daß die Bundesrepublik tatsächlich eine beträchtliche Zahl von Flüchtlingen und im Vergleich zu anderen europäischen Ländern mehr als diese aufnimmt.

Neben unzulässigen qualitativen Vermischungen sind die statistischen Berechnungen fehlerhaft. Dies zeigt die nachfolgende Gegenüberstellung der Zahlen des Bundesinnenministeriums vom 14. Mai 1985 (Bundestagsdrucksache 10/3346 vom 14. Mai 1985) mit den Zahlen vom 23. Juli 1986 (Bericht zur Asylproblematik/Kabinettsvorlage).

1. Gruppe	14.05.1985	23.07.1986
Asylberechtigte	52.000	64.800
2. Gruppe		
Familienangehörige von Asylsuchenden	rund 100.000	rund 129.000

Die Zahlen sind geschätzt und gehen von Drei-Personen-Haushalten aus. Die Mehrzahl der Asylberechtigten ist jedoch alleinstehend beziehungsweise alleinreisend. Die Annahme, daß sich auch



zwei Familienangehörige in der Bundesrepublik aufhalten, ist Vermutung und nicht Statistik. Anhaltspunkte hierfür bietet die Statistik über die asylsuchenden Personen im Vergleich zu den gestellten Anträgen. Der Leiter der UNHCR-Zweigstelle in Zirndorf hat den Anteil der nicht selbst als asylberechtigt anerkannten Familienangehörigen 1982 auf circa acht Prozent der Antragsteller geschätzt.

Ein weiterer Anhaltspunkt für die Familienstruktur der Flüchtlinge ergibt sich aus der Sozialhilfeszusatzstatistik von 1981, die die Altersstruktur und die Verteilung auf männliche und weibliche Personen bei Asylsuchenden untersucht und darstellt. Nach diesen Angaben lebte hier mit seiner Ehefrau höchstens jeder dritte Flüchtling. Ein Kind hatte dagegen nur jeder neunte. Auch die Zureise von Familienangehörigen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach einer Anerkennung möglich ist, fällt nach Angaben des Zwischenstaatlichen Komitees für Migration (ICM) niedrig aus. In den Jahren 1981 bis 1985 (November) waren dies 573 Personen.

Aus drei macht neun - das kann nach der Zählweise des Bundesinnenministeriums das Ergebnis sein. Für den Fall nämlich, daß in einer Familie Kinder und Ehegatten ebenfalls als asylberechtigt anerkannt wurden, gibt die Statistik, die jedem Asylberechtigten zwei weitere Angehörige zuweist, überhöhte Zahlen an. Berechnungsbeispiel:

Asylberechtigte Familie (Mann/Frau/Kind) = drei Personen; zu jeder asylberechtigten Person zwei weitere Familienangehörige hinzugezählt, führt im Ergebnis statistisch zu neun asylberechtigten Personen.

3. Gruppe	rund	rund
Asylbewerber	100.000	130.000
4. Gruppe		
Kontingentflüchtlinge	30.000	32.200

Circa 10.000 Kontingentflüchtlinge waren vor Inkrafttreten des Kontingentflüchtlingengesetzes schon als Asylberechtigte anerkannt. Sie finden sich bereits in der Gruppe Nr. 1 (Asylberechtigte) wieder. Für sie werden ebenfalls je zwei weitere Familienangehörige unter Nr. 2 gezählt. Der statistische Fehler beläuft sich mithin auf 30.000 Personen.

5. Gruppe	rund	rund
Heimatlose Ausländer	42.000	42.000

Der Kabinettsbericht führt die heimatlosen Ausländer auf, die zwar Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention sind, allerdings seit 40 Jahren in der Bundesrepublik leben. Sie leben in der Bundesrepublik zum Teil als Verfolgte des Nationalsozialismus, weil die Alliierten dies seinerzeit veranlaßten. Mit Artikel 16 Grundgesetz haben sie nicht das geringste zu tun. Ihr Status vererbt sich, so daß es auf lange Zeit heimatlose Ausländer geben wird. Niemand käme auf die Idee, in der Schweiz, in Frankreich oder in Dänemark die immigrierten Deutschen zu zählen, die vor dem Nationalsozialismus flohen, und sie heute in eine Flüchtlingsstatistik miteinzubeziehen.

6. Gruppe		
im Ausland anerkannte		
Flüchtlinge mit	rund	rund
Familienangehörigen	5.000	5.000
7. Gruppe		
de facto-Flüchtlinge	200.000	270.000

Die Hauptgruppe der de facto-Flüchtlinge sind Personen, die sich aufgrund des Beschlusses der Innenministerkonferenz vom 26. August 1966 in der Bundesrepublik aufhalten. Es sind in der



Mehrheit polnische Staatsbürger. Sie wurden in der Bundesrepublik ohne weiteres bis zum 31. Mai 1985 aufgenommen und geduldet. Dieses Bleiberecht wurde unabhängig davon gewährt, ob es sich um Flüchtlinge handelt oder nicht. Das Bundesinnenministerium und die Bundesländer haben auf die am 26. April 1985 beschlossene Verschärfung des oben genannten IMK-Beschlusses gedrungen, da man die Flüchtlingseigenschaft bei der Mehrheit der Gruppe nicht unterstellen konnte. Ende 1984 waren über 90.000 polnische Staatsbürger registriert, die Gesamtgruppe in der Bundesrepublik wird auf das Doppelte geschätzt. Sie schlagen sich in der Statistik voll nieder. Die Steigerung von Mai 1985 bis Juli 1986 innerhalb dieser Gruppe bleibt ungeklärt, zumal durch die Änderung des IMK-Beschlusses auch polnische Staatsbürger einen Asylantrag stellen müssen und nicht mehr wie bisher einfach geduldet werden.

Summe der in den  
sieben Gruppen gezählten

Personen	529.000	673.000
----------	---------	---------

Die Differenz zwischen den Zahlen vom Mai 1985 und Juli 1986 beträgt 144.000 Flüchtlinge. Wenn bei den Flüchtlingsgruppen Zuwächse möglich sind, so kann das in namhafter Zahl nur im Bereich der Asylbewerber erfolgen, weil nur hier Eingänge zu verzeichnen sind. Interne Verschiebungen sind möglich, da Asylsuchende im Bereich der Asylberechtigten oder deren Angehörige sowie als de facto-Flüchtlinge auftauchen. Tatsächlich wurden beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Vergleichszeitraum (14 Monate) 97.000 Personen registriert. Aufgrund gesicherter Erfahrungswerte beruhen davon rund zehn Prozent auf Folgeanträgen, das heißt rund 10.000 Personen müssen abgezogen werden, da sie nicht neu in die Bundesrepublik eingereist sind.

Letztendlich blieb in der Statistik unberücksichtigt, daß im Zeitraum von 14 Monaten viele Flüchtlinge die Bundesrepublik wieder verlassen haben, so daß ein Nettozuwachs von 40.000 bis 45.000 Flüchtlingen im gegebenen Zeitraum als hoch bezeichnet werden muß. Legt man diese Zahlen zugrunde, so bleibt die Frage offen, wie der im Kabinettsbericht genannte Zuwachs von 100.000 Flüchtlingen registriert werden konnte.

Die Arbeiterwohlfahrt vermißt bis heute den Nachweis des Bundesinnenministeriums über die Richtigkeit der Zahlen im Kabinettsbericht.

(-/5.9.1986/vo-he/rs)

\* \* \*

